

Bezugsgebühr:

Stempelabdruck für Dresden bei Mollisch
postmäßige Ausstrahlung durch unsere
Post abends und morgens, am
Samstag und Sonntag nur einmal
am 11. 50 Pf. durch ausländische Kom-
missionen 2 Pf. bei 2 Pf. 50 Pf.
Bei ehemaliger Ausstellung durch die
Post 5 Pf. ohne Belehrgebiß, im Kas-
tel und entweder durch Briefzettel,
Stadtbau und aller Artikel u. Original-
Werke aus mit deutscher
Ausstellung. Dresden. Nachr. 7
gründet. Stadtbezirk. Sonder-
ausgabe. Die Werke überprüft:
unvergängliche Planwerke werden
nicht aufbewahrt.

Telegraph. Adressen:
Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lobeck & Co.

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Milch-Chocolade
No. 600.

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Anzeigen-Carit.

Zahlung von Aufnahmen
bis nachmittags 2 Uhr. Sonn- und
Feiertags nur Werbung bis von
11 bis 1/2 Uhr. Die 1/2 Stunde Grun-
zeile von 8 Silben 20 Pf., Auf-
nahmen auf der Werbungsteile 26 Pf.; die 2/2 Stunde Seite auf Text-
seite 50 Pf., als Eingangsseite 60 Pf.
Am Samstag nur Sonn- und
Feiertags 1/2 Stunde Grun-
zeile 20 Pf., auf Werbungsteile 40 Pf.
2/2 Stunde Seite auf Textseite und als
Eingangsseite 50 Pf. Ausdrücke nur gegen Voranmeldung,
Blaublätter ohne 10 Pfennig.

Bernsprecher: Nr. 11 und 2006.

Hauptgeschäftsstelle: Markenstr. 38.

Glaswaren

Jeder Art aus den bedeutendsten Glasfabriken des In- und
Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl

Wilh. Rühl & Sohn, Königl. Sächs. Hoflieferanten, Neumarkt 11.

Fernsprecher No. 6081.

Zacherlin

Unerreichbar ansekundär! Kauf aber nur in Flaschen, wo Plakate hängen.



Carl Tiedemann, Lachfabrik, gegr. 1833.
Werkstätten Döbeln 1900 u. St. Louis 1904; Goldecks Werkstätten.
Mphalt, Blech-, Copal-, Damar-Lacke, Glycerine
und Spiritus-Lacke, sowie als Spezialitäten:
Bernstein-Lacke und Emailleglazur-Lackfarben. **
Altstadt: Marienstraße 10 und Amalienstraße 18.
Neustadt: Heinrichstraße (Stadt Görlitz).
Schutzmarke.

Regenschirme in grösster Auswahl
empfiehlt **C. A. Petschke**, Wilsdruffer Strasse 17, Prager Strasse 47
Amalienstrasse 6.

Nr. 206. Spiegel: Politische Vorboten, Kohlenmangel, Kunstgewerbeausstellung, Vogelwiese, Deutscher Turnertag, Wissenschaftliche Vorträge, Amerikan. Fleischbeschau, Volkswochenbericht. Warm, veränderlich. Sonntag, 29. Juli 1906.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Jeder Leser

In Dresden und Vororten kann sich täglich davon
überzeugen, dass er

von keinem anderen Dresdner Blatt

fortlaufend über alle wichtigen Tagesereignisse

so schnell unterrichtet

wird, wie von den

täglich 2 Mal erscheinenden „Dresdner Nachrichten“.

Sie bieten ihren Lesern vor allen Dresdner Blättern

ununterbrochen das Neueste.

Bezugspreis für die Monate

August und September

für Dresden und Blasewitz M. 1,70

für die übrigen Vororte M. 2,—

bezw. M. 2,20.

Politische Vorboten.

Högernd kommt die Zukunft heran — daß Wort
des Kaisers muß sich für politische Dinge eine gewisse Ein-
schränkung gefallen lassen. Mit dem Auseinandergehen der
Parlamente tritt nur ein äußerlicher Stillstand ein, ununter-
brochen aber fließt der Strom politischer Vorausgänge und Be-
strebungen fort, und manches, was die ruheloße Welle aus Ufer
trägt, vermag uns Kunde und Begriff zu geben von Ereignissen
und Ercheinungen, die noch in ungewisser Ferne schwanken, die
aber, mit jedem Tage näher kommend, mehr und mehr die Auf-
merksamkeit auf sich ziehen. Das gilt wohl am meisten von
gewissen Kundgebungen und Auseinandersetzungen, die sich mit
der Person des Kaisers beschäftigen. Es ist das keineswegs
eine neue Ercheinung. Eine impulsive Natur, der eine
idealistische Schwung- und Schnellkraft ohnedies zu eigen ist, an-
so hohe, überzeugende Stelle gestellt, wird damit rechnen müssen,
daß ihre Worte und Taten in der Mittweite Eindrücke und Strö-
mungen auslösen, die nicht immer den eiaenen Gedanken und
Üblichkeiten entsprechen, und so ist man in Deutschland seit langen
Jahren gewöhnt, daß eine freie und unbefangene Kritik seitens
der öffentlichen Meinung an den kaiserlichen Aeden und Hand-
lungen geübt wird. Zu neuester Zeit sind es weniger kaiser-
liche Ansprachen und Reden als Regierungshandlungen, Wünsche
und Gewohnheiten des Kaisers, welche die das allgemeine
Interesse erregen und zu einem Urteil herausfordern. Alle
die aus gegenwärtigen Anlässen genährten Bedenken und
Vorschläge werden zu gelegener Zeit wiederleben und sie wer-
den mit anderen Fragen in tendenziöse Verbindung gebracht
werden von den Vertretern jener Partien, die den Monarchismus
in Deutschland diskreditieren oder ihn wenigstens das par-
lamentarische Reame führen lassen wollen. In dieser Hinsicht
kündigt sich u. a. in den Erörterungen über den Ertrag der
„Hohenzollern“ und über den Telegrampausch in Sachen des
Bahnbaus im Süden von Südwestafrika eine Belastung der
Reichstaatsverhandlungen mit ebenso zeitraubenden wie
unerquicklichen Auseinandersezungen an. Will man nicht zu-
lassen, daß der peinliche Eindruck, den die sozialdemokratische
Fraktion durch ihr unsinniges Reim in Wehr- und Finanzfragen
bei Abschluß jeder Session hinterläßt, noch durch eine unabschöpfbare
und gewisse Kritik verstärkt wird, die sich gegen die höchste
Stelle richtet, so wird eine geschlossene große Mehrheit
des Reichstages dafür sorgen müssen, daß der Opposition,
die auf solchen Wegen ihren Zwecken zu dienen sucht, die ge-
bührende Antwort zu teilt wird. Das Recht dazu ist zweifellos
auf Seiten der Mehrheit. Nur die Absicht, die
deutsche Kolonialpolitik immer aufs neue zu verun-
glimpfen und die Regierung als ohnmächtig hin-

zustellen, kann eine Kritik erklären, wie sie der
„Vorwärts“ an der Bitte der südwestafrikanischen Deutschen
und der zustimmenden Antwort des Kaisers geübt hat. Nur
Doch und böser Wille können die Bewilligung eines Ertrages
für die „Hohenzollern“ widerstreiten, die übrigens seinerzeit mit
der Genehmigung des Reichstages, abgesehen von ihrer Ver-
wendung als Waffe für höhere Kommandoverbände, zugleich
auch als Kaiserschiff bestimmt und für diesen Zweck eingerichtet
wurde.

Am Bereich der auswärtigen Politik wird, wie
auch die Lage in Rußland sich gestalten mög., die Bewältigung
über angeblich bestehende Abmachungen zwischen Deutschland,
Rußland und Österreich-Ungarn betreffs einer militärischen
oder politischen Intervention zu Gunsten der monarchisch-russi-
schen Regierung derjenigen Partei, die Deutschland als gehor-
chamen, dienstbereiten Knecht des Kaiserreichs hinzustellen
scheint, ein dankbares Ablationsfeld eröffnen. Dabei ist
aueierlei merkwürdig. Dieselbe Partei, die sich in idellen und
materialen Verbündesweisen für das russische Volk
nicht genug tun kann, die in Wort und Schrift an der Unter-
stützung der russischen Revolution gearbeitet hat, die erst dieser
Tage durch einen „Aus dem Wege zum Schatz“ überzeichneten
Artikel den Dumo-Abgeordneten Art und Riel der „Rache“ für
die Auflösung der Volksversetzung vorzuwirken scheint, die
selbe Partei nimmt keiner Anstand, den bloßen Gedanken einer
Günthaltung in russische Angelegenheiten, wenn er von der
Regierung ausgeging, als rechtswidrig zu be-
zeichnen. Ein derartiger Widerjutsch läßt den Wunsch, bei
revolutionären Bewegungen durch „Interventionen“ irgend-
welcher Art nicht gestört zu werden, doppelt deutlich hervor-
treten! Und nicht minder merkwürdig ist der Zustand, daß sich
die Sozialdemokratie mit ihrer Verwahrung gegen Abmachungen,
die ein Einreisen zu Gunsten der russischen Regierung betreffen,
an die deutsche Regierung wendet. Weit natürlicher ist es doch,
dabei an Frankreich zu denken. Wenn jemand ein Inter-
esse daran hat, daß die russische Regierung sich gegenüber dem
revolutionären Aufstand behauptet, daß Ordnung und Ruhe
wiederhergestellt werden, so ist dies doch in allererster Linie
der Verbündete Russlands, die französische Republik, die an
Rußland Schuldtforderungen in Höhe von 10 bis 12 Milliarden Mark
ausstellt. In dem ganzen Interventionsgeschäft ist von Frank-
reich aber nicht mit einem Worte die Rede gewesen; das kenn-
zeichnete Urtyp und Absicht jener Behauptungen zur Genüge.

Mit einem ähnlichen Entrüstungsrummel, wie ihn die
Viele des Reichstages bei Fragen des Budgetrechts zur Schan-
zu tragen pflegt, kündigen sich die Debatten über die
parlamentarische Immunität an. Hand in Hand
damit geht eine neue Auflage der kolonialen Enttäuschungen, zu
denen der Abgeordnete Erzberger mit seiner Verjährung, ge-
hörig „auspaden“ zu wollen, sich verpflichtet hat. In beiden
Fällen kann es nur erwünscht sein, daß ohne Schein vor unlieb-
samen Eröffnungen, aber auch ohne Schonung etwa schu- und
deckungsbedürftiger Personen verfahren wird. Die Frage
der Abgeordneten-Immunität ist strittig. In den beiden hier
in Betracht kommenden Artikeln 30 und 31 der Reichsver-
fassung vom 16. April 1871 ist mit keiner Silbe davon die
Rede, daß ein Reichstags-Abgeordneter wegen Neuverungen
über Tatsachen, die ihn in dieser seiner Eigenschaft mitgeteilt
finden und die er insgesessen im Reichstage zur Sprache
gebracht hat, nicht einem Zeugniszwangsvorfahren unterworfen
werden darf. Wenn jetzt das führende Zentrumsorgan das
Recht der Zeugnisverweigerung auf derartige Mitteilungen
ausgedehnt wissen will, nimmt es einen früheren, vom Abge-
ordneten Windfuhr eingebrochenen, aber damals unerledigt ge-
bliebenen Antrag auf. Zur Sache hat anfänglich eines beson-
deren Falles der preußische Staatssekretär v. Bötticher am
10. März 1886 im Reichstage erklärt, daß das preußische
Staatsministerium einstimmig zu der Ansicht gekommen sei, der
Artikel 30 der Reichsverfassung („Kein Mitglied des Reichstages
darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder
wegen der in Ausübung seines Vertrages getaten Aeußerungen
gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der
Verhandlung zur Verantwortung gezogen werden“) entzieht
die Reichstags-Abgeordneten nicht dem Zeugniszwangsvorfahren.
Ebenso findet sich in der Reichsverfassung keine Vorschrift, die
eine Haftbefehlung bei einem Reichstags-Abgeordneten, bzw.
Beschlagnahme seines Materials in einer gegen Dritte gerich-
teten Strafsache verbietet. Von einer Verlegung der Immuni-
tät dürfte also auch hier keine Rede sein. Nebenwegen kann
aber durch die Artikel 30 und 31 der Reichsverfassung den Abge-
ordneten gewährleistete Schutz keineswegs so weit gemeint sein
und verstanden werden, daß sich durch eine derartige Sach-
lage Beamte in hoher, verantwortlicher Stellung zu Amts-
verbrechen verleiten lassen dürfen.

Das sind nur einige wenige Vorboten, die den Gegen-
stand und Charakter der kommenden politischen Kämpfe einiger-

machen erkennen machen. Ihre Zahl könnte leicht vermehrt
werden. Das soeben wieder auftauchende, obwohl völlig unglaubliche Gerücht, es werde trotz der amtlichen Erklärungen
eine neue Flottenvorlage dem Reichstag zugehen, das Telegramm des Reichskanzlers an die Deutschen in Shanghai, die
bevorstehenden Parteitage der Conservativen, der National-
liberalen und der Sozialdemokratie, der Katholikentag, die
Nachwahlen, ihre Erfahrungen und ihre Lehren, die Arbeiten
in den Reichsämtern an der Verbesserung der Versiche-
rungsgesetzgebung (Erweiterung der Unfallversicherung und der
Invaliditätsversicherung, Reform der Krankenkassegesetz-
gebung) und an den Staatsfesten — der Endabschluß für
1905 wird sich erheblich günstiger stellen als der jetzt in Aus-
sicht nehmen sollte —, die zu erwartenden Berichte der auf
Kolonialkreisen befindlichen Reichstags-Abgeordneten, die staats-
feindlichen Pläne der Sozialdemokratie, die sich noch immer zur
Moral mit doppeltem Boden bekennt, die nötige Abwehr der
Massenstreik-Propaganda, endlich gewisse, neu auftauchende
Sorgen im Besindien des Reichskanzlers — alles das schafft ein
Gesamtbild der politischen Lage, dessen Ausblick schon jetzt, ob-
wohl es noch unvollständig und unbestimmt sich darstellt, die
nationalen Parteien an die Pflicht gemeinsamer Arbeit
im Dienste der vaterländischen Interessen gemahnen muß.

Neueste Drahtmeldungen vom 28. Juli.

Jur Lage in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die kaiserliche Fa-
milie, die sonst immer bis Ende August in Petersburg zu-
bleiben pflegt, überfahrt binnen kurzem nach Jaroslaw Strel.

Petersburg. (Priv.-Tel.) In Jaroslaw drangen 12

Bewaffnete in die Druckerei des „Sowjet“ und zwangen die

dort anwesenden Seher, 5000 Exemplare des „Du ma-
nifestes“ herunterzulassen.

Moskau. (Priv.-Tel.) Im Kreise Gorj Gouvernement Tiflis nimmt die revolutionäre Bewegung zu. In mehreren Gemeinden mußte die Behörde ihre Aemter niederge-
lassen. Die Bauern verweigerten die Zahlung der Abgaben. Abteilungen der sogenannten „roten Hundert“ verlangten die Enteignung von den Feldern der Gutsbesitzer. Die Bevöl-
kerung wird mit einer besondern Steuer zu Gunsten der revolutionären Organisation belegt. In Stadt und Kreis Mucha (Gouvernement Tiflis) wird herrsche völlige Un-
ordnung. Die gesamte Bevölkerung vom Räubern, die am hellen Tage Überfälle ausführen, Schuhleute entwohnen und die Ein-
wohner terrorisieren.

Wat schau. (Priv.-Tel.) Der Zug von Czestochowa nach
Herby wurde heute von 10 Revolutionären über-
fallen. Sie erschossen den General Jafar, Kommandeur
der Grenztruppe in Czestochowa, den General Westerling,
Chef des polnischen Garde, und den Konsul Demidenko,
der 10.000 Rubel Banknoten bei sich hatte. Der Soldaten
wiederhergestellt werden, so ist dies doch in allererster Linie
der Verbündete Russlands, die französische Republik, die an
Rußland Schuldtforderungen in Höhe von 10 bis 12 Milliarden Mark
ausstellt, während der in Deutschland untergebrachte Teil der
russischen Auleihen einen Betrag von etwa 3,5 Milliarden Mark
ausmacht.

Wat schau. (Priv.-Tel.) Der Zug von Czestochowa nach
Herby wurde heute von 10 Revolutionären über-
fallen. Sie erschossen den General Jafar, Kommandeur

der Grenztruppe in Czestochowa, den General Westerling,

Chef des polnischen Garde, und den Konsul Demidenko,
der 10.000 Rubel Banknoten bei sich hatte. Der Soldaten

wiederhergestellt werden, so ist dies doch in allererster Linie

der Verbündete Russlands, die französische Republik, die an

Rußland Schuldtforderungen in Höhe von 10 bis 12 Milliarden Mark
ausstellt, während der in Deutschland untergebrachte Teil der
russischen Auleihen einen Betrag von etwa 3,5 Milliarden Mark
ausmacht.

Wat schau. (Priv.-Tel.) Gegen den Director der bissigen Tochter

Gesellschaft der Dresdner Gardinen- und Spiegelfabrik, Louis Nörber, ist heute ein Revolverattentat verübt worden. Director Nörber wurde schwer verwundet.

London. (Priv.-Tel.) „Daily Mail“ meldet aus Kiew,

dass die Bevölkerung durch eine revolutionäre Pro-
klamation alarmiert wurde. In derselben wird erklärt,

dass ein Pogrom vorbereitet wird, und werden die Bürger auf-
gerufen, eine Gegend zu errichten.

London. (Priv.-Tel.) Der Petersburger Korrespondent

des „Daily Chron.“ telegraphiert, dass unter den Truppen in

Polowtrowskoje im Gouvernement Samara eine Me-
nerei ausgebrochen ist. Als die Truppen der dortigen kleinen

Garnison aufmarschiert wurden, eine revolutionäre Versamm-
lung zu brechen, lehnen sie es ab, irgend welche Schritte

gegen das Volk zu unternehmen. Die Offiziere waren hilflos.

Die Soldaten jagen revolutionäre Rieder.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Kaiserin traf, wie aus
Alenburg berichtet wird, gestern mit der „Aduna“ vor
Erlund ein und stattete mit der Prinzessin Victoria Luise und dem
Prinzen Adolph dem Herzog Ernst Günther und Gemahlin
auf Schloss Gravenstein einen mehrstündigem Besuch ab.

Die Audienzstättung des neuen Schatzhofs

„Denischland“, das dem Prinzen Heinrich als

neuem Chef der aktiven Schatztruppe vom Herbst

ab als Flottenflaggschiff dient, erfolgt in Kiel am 3. August

mit Hafengefechte.